



# Der Freieitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Es des für seinen Verbreitungsbereich bestmögliche Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, des Amtsgerichts, des Landesfinanzamtes, der Finanzämter, des Hauptzollamtes, der Zolltarifstellen, der Reichsbeschaffungsstellen und der Zollstellen.

Bezugspreis mit 2.40 RM (einschl. 41 Rpf. Vertriebszuschlag) bzw. 41 Rpf. 41 Rpf. (einschl. 41 Rpf. Vertriebszuschlag) ...

Nr. 77. Mittwoch, 18. März 1936

Verlagsgesellschaft für den Verlag des Freieitskampfes ...

## Die Engländer schalten sich ein

### Die Einladung des Völkerbundesrates angenommen - Unser Abgesandter am Donnerstag in London

#### Ribbentrop vertritt das Reich

Berlin, 17. März.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat am 17. März an den Generalsekretär des Völkerbundes, Herrn Avenol, in London folgendes Telegramm geschickt: „Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Telegramms vom 16. März und beehre mich mitzuteilen, daß Botschafter von Ribbentrop die deutsche Regierung im Völkerbundsrat bei der Prüfung der von der belgischen und französischen Regierung aufgeworfenen Frage vertreten wird. Er wird von Donnerstag vormittag an in London zur Verfügung stehen.“

Feldherr von Neurath.

#### Eine Mitteilung Ebens an Berlin

Der englische Außenminister Eden übergab am Dienstagmorgen dem deutschen Botschafter in London, von Hoelz, folgende Mitteilung:

„Die Regierung Seiner Majestät tut ihr äußerstes und wird dies auch weiterhin tun, um Mittel zu finden zu einer friedlichen und zufriedenstellenden Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Es ist der Regierung Seiner Majestät klar, daß der Vorschlag des deutschen Reichsaussenministers wie auch alle von anderen interessierten Parteien gemachten Vorschläge zur geeigneten Zeit besprochen werden müssen. Die deutsche Regierung wird indessen würdigen, daß es für die Regierung Seiner Majestät nicht möglich ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt irgend ein weitergehendes Versprechen zu geben.“

#### Die Verhandlungen am Dienstag

Der Dienstag in London war mit zahlreichen diplomatischen Sitzungen und Gesprächen ausgefüllt. Zunächst traten am Vormittag die Vertreter der vier Völkerbundmächte zusammen. Von englischer Seite nahmen neben Eden und Lord Halifax auch MacDonald und der Schatzkanzler Neville Chamberlain an diesen Besprechungen teil. Sie dauerten etwa anderthalb Stunden. Außenminister Eden überreichte den Franzosen, Belgiern und Italienern ein ausführliches Schriftstück, das sich grundsätzlich mit der Lage auseinandersetzt. Die Franzosen beschäftigten sich dann anschließend an die Sitzung eingehend mit diesen Darlegungen. Flandin soll längere Zeit mit Sarraut und dem Quai d'Orsay telefoniert haben, um ihnen von den englischen Ansichten Kenntnis zu geben und gegebenenfalls weitere Ermäßigungen für sein ferneres Verhalten einzufordern. Eine nochmalige direkte Aussprache zwischen Eden und Flandin dürfte der Klärung einiger Punkte des britischen Schriftstückes gegolten haben.

„Star“ will wissen, daß auch die Franzosen und Belgier ihre grundsätzlichen Sicherheitsforderungen bekanntgegeben hätten, und zwar sollte Frankreich darauf bestehen, daß sich kein Vorkriegsstatus dem Haager Gerichtshof zur Begutachtung vorgelegt werde.

Am Nachmittag war Flandin zu einem kurzen Empfang bei König Eduard geladen, der anschließend auch den belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland und den polnischen Außenminister Oberkötter bei sich sah. Dann trat der Völkerbundsrat am Nachmittag zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen, die in eine Geheimkonferenz überging.

Die deutsche Antwort an den Völkerbundsrat traf gegen 17.30 Uhr MEZ beim Völkerbundssekretariat ein. Sie wurde sofort überlekt und vervielfältigt, um den Ratsmitgliedern, die gerade in der Geheimkonferenz versammelt waren, unterbreitet zu werden. Dieser Geheimkonferenz folgte dann eine öffentliche Sitzung, auf deren Tagesordnung die Aus-

sprache über den am Montag vom französischen Außenminister vorgelegten Entschließungsentwurf über die Feststellung einer Verletzung des Locarno-Vertrages stand. Der Ratspräsident teilte zu Beginn das

Telegramm der deutschen Regierung mit, in dem bekanntgegeben wird, daß Botschafter von Ribbentrop von Donnerstag früh an in London zur Verfügung stehen werde.

#### Neue Sekrede Litwinows

Dann nahm als erster Redner der Aussprache der türkische Außenminister Rüschü Kras das Wort. Er erklärte, in internationalen Streitigkeiten müsse der Rat die Rolle eines Richters und zugleich auch eines Bürgen der Sicherheit spielen. Nach seiner Meinung würde sich der Rat dieser beiden Hauptaufgaben nicht entziehen können, wenn er sich lediglich auf die Rolle des Schlichters beschränkte, die ihm durch den Rheinpakt übertragen sei. Der Rat müsse sowohl Frankreich als auch Belgien „volle Genugtuung“ geben. Wenn es jedoch zu irgendeiner Vermittlung komme, dann würde er es vorziehen, daß die Vermittlung durch den Völkerbundsrat und nicht auf irgendeine andere Weise erfolge.

(Fortsetzung auf Seite 2)

#### Arbeitgeber Autobahn

Von Dr.-Ing. Fritz Lodi,

Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen

Die Reichsautobahnen gehören neben den anderen großen Auftraggebern der öffentlichen Hand zu den wichtigsten Trägern der Arbeitsbeschaffung. Die Höchstzahl der direkt auf der Baustelle arbeitenden Volksgenossen im Jahre 1935 mit rund 120 000 Mann erreicht worden. Nach einem kurzen, saisonbedingten Abflauen dieser Ziffer wird im Frühjahr 1936 wieder auf zahlreichen Baustellen mit derselben Beschäftigung weitergearbeitet, wie denn überhaupt der Bau der Reichsautobahnen im bisherigen Umfang unvermindert weitergeführt wird.

Zu diesen unmittelbar beschäftigten Arbeitern muß man noch rund 130 000 Mann zählen, die in den Lieferwerken aller Art, wie Zementwerken, Stahlwerken, Steinbrüchen, in der Holzindustrie, in der Feldbahngleis-Industrie usw. zusätzlich durch das große Werk beschäftigt werden können, so daß tatsächlich durch den Bau der Reichsautobahnen alle über 250 000 Menschen Arbeit und Brot finden. Es wird oft vergessen, daß für den allgemeinen Straßenbau, der nebenher keineswegs vernachlässigt wird, nochmals insgesamt 150 000 Mann angeheuert werden konnten, so daß das gesamte Straßenbauprogramm der Reichsregierung rund 400 000 Volksgenossen wie der in Verdienst gebracht hat, die früher den Arbeitsmarkt und den Staat als Arbeitslose belastet haben. In vielen Bezirken ist sogar der Zustand eingetreten, daß Arbeitskräfte für den Bau gar nicht mehr zu erhalten waren. So mußten z. B. schon im Vorjahre in Oberbayern Kräfte aus Schwaben herbeigezogen werden, und verschiedene Brennpunkte der Arbeitslosigkeit in Großstädten konnten durch den starken Arbeitseinsatz merklich entlastet werden. Ein entsprechendes Mehr an dieser Arbeitermasse gegenüber dem früheren Arbeitslosenstand hat auch Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie verschiedentlich wieder befruchtet.

Eine außerordentliche Steigerung hat auch die Bauwirtschaft durch den Bau der Reichsautobahnen erfahren. Bis zur Gegenwart sind rund 1 800 000 Kubikmeter Beton und Eisenbeton benötigt worden, über 1 000 000 Kubikmeter für Fahrbahndecken, rund 50 000 Tonnen Stahlkonstruktionen und etwa 100 000 Tonnen sonstiges Eisen. Über 80 große Brückenbauwerke sind in Arbeit und z. T. schon vollendet, darunter die bedeutendsten Brückenbauwerke, die deutsche Ingenieurkunst überhaupt schuf.

Obwohl die Verwendung von Maschinen aus Gründen der Arbeitsbeschaffung so stark wie möglich beschränkt wurde, ist natürlich noch ein enormer Bedarf bei der Inangriffnahme dieses ausgedehnten Arbeitsprogramms zu befruchtigen gewesen. Es werden auf den Baustellen gebraucht: rund 50 000 Rollwagen, 200 Lokomotiven, 3000 Kilometer Baugleise, 300 Bagger und 1000 Betonmaschinen. Der Umsatz von Straßenwalzen war schon im Jahre 1935 schonmal so groß als im Jahre 1932 und ist 1934 nicht weniger als das 24fache des Jahres 1932 gestiegen. Daß dadurch auch auf dem Gebiete der Baumaterialien günstigere Exportchancen geschaffen wurden, ist klar. Die Zahl der Konkrete und Zusammenbrüche in der deutschen Bauindustrie ist in den letzten Jahren auf knapp ein Drittel der früheren Zahl gesunken,

#### Heute erwartet Ostpreußen den Führer

Jahrliche Sonderzüge bringen Tausende von Volksgenossen nach Königsberg

Königsberg, 17. März.

Am Mittwochabend wird Adolf Hitler in einer Großkundgebung im riesigen Saal des Königsberger Schlagerterhauses zu den Volksgenossen Ostpreußens über sein Friedensprogramm sprechen.

Wie ein Lauffeuer eilte die Nachricht von der bevorstehenden Führerrede durch ganz Ostpreußen. Sofort begann ein Aufsturm auf alle Dienststellen der Partei. Jeder wollte eine Karte haben, und Königsberg hätte einen Saal für 100 000 Menschen haben müssen, wenn es auch nur die ersten Anforderungen hätte befriedigen wollen. Das Schlagerterhaus aber, die riesige Ausstellungshalle der Dörschle, fast im äußersten Falle 15 000 Menschen; die Karten hierfür waren im Handumdrehen vergriffen. Die Organisationsleitung hat jedoch mit dem modernsten Lautsprecherwerk, das zur Verfügung steht, dafür gesorgt, daß jeder den

Führer wenigstens hören kann. Etwa 200 Ingenieure, Techniker und Funkamateure arbeiten daran, die Lautsprecheranlagen auf den Straßen und Plätzen einzubauen, die der Führer auf dem Wege zum Schlagerterhaus passieren wird. Diese Lautsprecher werden während der Rede Hitlers in Betrieb sein, so daß all die Tausende aus der Provinz, die mit Sonderzügen aus der Provinz gekommenen ihren Führer hören können. Denn die Ostpreußen wollen ihrem Führer beweisen, daß sie ihm Dank wissen für all das, was er für Ostpreußen getan hat.

Schon am Dienstag brachten die Züge Tausende nach Königsberg. Auch die zahlreichen Sonderzüge, die zur Heranführung der Formationen nach Königsberg gefahren werden, nehmen auf jedem verfügbaren Platz Volksgenossen aus der Provinz nach Königsberg mit, um ihnen zu billigem Fahrpreis die Möglichkeit zu verschaffen, in Königsberg mit dabei zu sein.

#### Krofta ebenso starrsinnig wie Flandin

Eine einseitige Rede des neuen tschechischen Außenministers

Prag, 17. März. (Eigener Dienst.)

Der neue tschechische Außenminister Dr. Krofta trat in seinem neuen Rang erstmalig vor dem Parlament auf, indem er am Dienstag vor den versammelten auswärtigen Ausschüssen der beiden Häuser zur internationalen Lage sprach. Herr Krofta hatte also die Gelegenheit, in einer wichtigen Situation den Beweis dafür zu liefern, daß er ein Gefühl für die Erfordernisse der Stunde und ein sicheres Urteil für große Entwicklungsmöglichkeiten besitzt. Leider kann man nicht behaupten, daß er diesen Beweis erbracht hätte.

In seiner Stellungnahme zum Memorandum der Reichsregierung vom 7. März bezog Herr Krofta nämlich eine deutliche Stellung an der Seite der Franzosen. Bis zu einem gewissen Grade war dies zu erwarten. Jedermann sah voraus, daß der tschechische Außenminister in den juristischen Dingen dem Pariser Bundesgenossen beistimmen werde. Krofta ging aber in seinem Republikanismus hierüber weit hinaus, indem er zwischen den Zeilen auch die

französischen Wünsche unterstützte, Europa zu einer Gerichtsinstanz über Deutschland aufzurufen. In einem solchen Falle, so äußerte er sich, werde die Tschechoslowakei jenen Aufgaben und Opfern nicht aus dem Wege gehen, welche sich aus ihrer Mitgliedschaft im Völkerbunde und aus ihren Bündnisverträgen ergeben.

Die positiven deutschen Friedensvorschläge will man auf der Prager Burg offenbar noch weniger hören als am Quai d'Orsay. Das deutsche Angebot, auch mit der Tschechoslowakei einen Nichtangriffspakt zu schließen, findet der verantwortliche tschechische Außenminister nicht einmal der Erörterung wert. Der tschechische Standpunkt zu zweiseitigen Verträgen, so meinte er nämlich, sei der gleiche wie bisher: sie könnten nur im Rahmen eines Kollektivpaktes abgeschlossen werden. Mit besonderem Nachdruck wies Krofta darauf hin, daß das Vertragsverhältnis zwischen Paris, Prag und Moskau der tschechischen Politik als besonders wichtiges Element gelte, das bei der Organisation der Sicherheit in Europa eine besondere Rolle zu spielen habe.